Stellungnahme der Interessengemeinschaft Kindertagesförderung Schwerin zum Satzungsentwurf

Vorbemerkung

Am 07.04.2016 erhielten wir folgenden Satzungsentwurf. Seit mehreren Jahren weisen wir das Jugendamt darauf hin, dass die aktuelle Satzung nicht mit dem SGB VIII und KiföG MV vereinbar ist. Durch den neuen Satzungsentwurf gibt es weiterhin die Notwendigkeit, in einigen Punkten nachzubessern, da der Satzungsentwurf u.a. teilweise nicht mit den Vorgaben des Sozialgesetzbuches VIII und KiföG MV im Einklang steht.

Satzungsentwurf von:

Landeshauptstadt Schwerin
-Die Oberbürgermeisterin-
Fachdienst Jugend, Schule, Sport
Fachgruppe Schulverwaltung, Kita-Förderung, Unterhalt
Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin
Tel.: 0385/545-2011
Fax: 0385/ 545-2009
E-Mail: mgabriel@schwerin.de

findet man auf: http://bis.schwerin.de/vo0050.php?__kvonr=4942&voselect=5308

Legende:	schwarze Schrift:	Neufassung der Satzung
	Blau Schrift:	Gesetzestexte und Fakten
	Rote Schrift:	Stellungnahme (der Schweriner Tagespflegepersonen)

Anlage 3

Stand: 06.04.2016

Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen für Kinder in der Landeshauptstadt Schwerin

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für Personensorgeberechtigte, deren Kinder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Landeshauptstadt Schwerin haben sowie für Träger von Kindertageseinrichtungen und für Tagespflegepersonen in der Landeshauptstadt Schwerin.

Sie regelt die Nutzung von Plätzen der Kindertagesförderung, die in der Landeshauptstadt Schwerin in Kindertageseinrichtungen und von Kindertagespflegepersonen mit entsprechender Erlaubnis vorgehalten werden.

§ 2 Bereitstellung von Plätzen für Krippenkinder

(1) Kinder, die einen Anspruch auf frühkindliche Förderung gem. § 3 Abs. 2 KiföG M-V haben, erhalten einen Teilzeitplatz. Den Wünschen und Bedürfnissen der Personensorgeberechtigten ist dabei entsprechend des vorhandenen Angebotes weitgehend Rechnung zu tragen.

(2) Kindern, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann i.S.d § 3 Abs. 1 KiföG M-V ein Krippenplatz in Form eines Teilzeit- oder Halbtagsplatzes zur Verfügung gestellt werden, wenn die Bereitstellung für ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten geboten ist oder um den Bedürfnissen insbesondere erwerbstätiger, erwerbssuchender, in Ausbildung befindlicher oder sozial benachteiligter Personensorgeberechtigten vorrangig Rechnung zu tragen. Das gilt für Erwerbssuchende, soweit die Bereitstellung des Krippenplatzes das letzte Vermittlungshemmnis in Arbeit beseitigt.

§ 5 SGB VIII Wunsch- und Wahlrecht

(1) **Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.**

(2) Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Wünscht der Leistungsberechtigte die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung im Einzelfall oder nach Maßgabe des Hilfeplans (§ 36) geboten ist.

Siehe auch § 20 SGB VIII Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen bis § 27 SGB VIII Hilfe zur Erziehung

Kifög MV, § 3 Anspruch auf Förderung

(1) Für Kinder mit gewöhnlichem Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist eine bedarfsgerechte Förderung in einer Kindertageseinrichtung **oder in Kindertagespflege zu gewährleisten,**

1. wenn diese Leistung für ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten geboten ist oder
2. um den Bedürfnissen insbesondere erwerbstätiger, Erwerb Suchender, in Ausbildung befindlicher oder sozial benachteiligter Personensorgeberechtigter vorrangig Rechnung zu tragen.

Zu den sozial benachteiligten Personensorgeberechtigten gehören Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch sowie Langzeitarbeitslose. Kinder, die bereits eine Einrichtung besuchen, sollen auch dann weiter gefördert werden, wenn die ursprünglich gegebenen Voraussetzungen nach Satz 1 nachträglich entfallen sind.

(2) Kinder mit gewöhnlichem Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern haben ab Vollendung des ersten Lebensjahres bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung **oder in Kindertagespflege.**

(3) Kinder mit gewöhnlichem Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern haben ab Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Eintritt in die Schule einen Anspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung. **Die Förderung kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege erfolgen.** Über die Bewilligung von Kindertagespflege entscheidet der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in dessen Gebiet das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(4) Mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertageseinrichtungen **und Tagespflegepersonen** stehen allen Kindern unabhängig von der religiösen, weltanschaulichen und pädagogischen Ausrichtung des Trägers offen. Artikel 140 des Grundgesetzes bleibt unberührt.

(5) Die Personensorgeberechtigten können gemäß § 5 Absatz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zwischen den vorhandenen Angeboten, für die das Kind die Zugangsvoraussetzungen erfüllt, wählen. Die Ausübung des Wahlrechts ist gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe rechtzeitig, in der Regel drei Monate vor dem beabsichtigten Beginn der Förderung in einer Kindertageseinrichtung **oder in Kindertagespflege**, schriftlich anzuzeigen.

KiföG MV, § 4 Ausgestaltung der Förderung in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege bis zum Eintritt in die Schule

(1) Die individuelle Förderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen **und in Kindertagespflege** bis zum Eintritt in die Schule umfasst eine wöchentliche Förderung von 30 Stunden in der Woche (Teilzeitförderung). Die Förderung kann auf Wunsch der Personensorgeberechtigten auch als Halbtagsförderung im Umfang von 20 Wochenstunden in Anspruch genommen werden. Die Förderung erfolgt in der Regel von Montag bis Freitag.

(2) Kinder, die einen Anspruch auf Förderung nach § 3 Abs. 1 bis 3 haben, können eine ganztägige Förderung in einer Kindertageseinrichtung **oder in Kindertagespflege** beanspruchen, wenn dies zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie notwendig ist oder die Personensorgeberechtigten an der Ausübung des Personensorgerechts ganz oder teilweise im Sinne der §§ 20 und 27 des Achten Buches Sozialgesetzbuch gehindert sind. **Die Ganztagsförderung umfasst einen Betreuungsumfang von 50 Stunden wöchentlich.** Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

Änderungsvorschlag

- zu § 2 + 3: Gesetzestexte aus dem SGB VIII und KiföG MV incl. Tagespflege zu übernehmen.

- § 2, Abs. 2 Gleichrangigkeit mit der Tagespflege ohne Vorrangigkeit der Krippe

- § 6 dieser Neufassung kann komplett entfernt werden, da Kindertagespflege gleichrangig mit § 2 + 3 ist.

(3) Ein Ganztagsplatz oder erweiterter Teilzeitplatz ist insbesondere Personensorgeberechtigten vorbehalten, die erwerbstätig, Schülerinnen, Schüler oder Auszubildende sind, bzw. sich in öffentlich geförderten Fortbildungsmaßnahmen befinden und einschließlich der Fahrzeiten zum und vom Arbeitsplatz bzw. Ausbildungsort mehr als sechs Stunden an der Betreuung ihres Kindes gehindert sind.

(4) Soweit sich die Voraussetzungen für die Betreuung und deren Umfang auf die Personensorgeberechtigten beziehen, müssen diese bei beiden Personensorgeberechtigten vorliegen, es sei denn, es handelt sich um Alleinerziehende. Sie sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Das gilt auch für den Nachweis der Notwendigkeit der Betreuung zur Beseitigung des letzten Vermittlungshemmnisses.

§ 3

Bereitstellung von Plätzen für Kindergartenkinder

(1) Kinder, die einen Anspruch nach § 3 Abs. 3 KiföG M-V haben, erhalten einen Teilzeitplatz. Den Wünschen und Bedürfnissen der Personensorgeberechtigten ist dabei entsprechend des vorhandenen Angebotes weitgehend Rechnung zu tragen.

(2) Ein Ganztagsplatz oder erweiterter Teilzeitplatz ist insbesondere den Personensorgeberechtigten vorbehalten, die erwerbstätig, Schülerinnen, Schüler oder Auszubildende sind, bzw. sich in öffentlich geförderten Fortbildungsmaßnahmen befinden und einschließlich der Fahrzeiten zum und vom Arbeitsplatz bzw. Ausbildungsort mehr als sechs Stunden an der Betreuung ihres Kindes gehindert sind.

(3) Die Hinderungsgründe zur Betreuung im Sinne des vorstehenden Absatzes (2) beziehen sich auf beide Personensorgeberechtigte, sofern es sich nicht um Alleinerziehende handelt. Sie sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Das gilt auch für den Nachweis der Notwendigkeit der Betreuung zur Beseitigung des letzten Vermittlungshemmnisses.

§ 4

Bereitstellung von Plätzen für Hortkinder

(1) Ein Hortplatz als Teilzeitplatz kann von Personensorgeberechtigten in Anspruch genommen werden, die erwerbstätig, Schüler oder Auszubildende sind bzw. sich in öffentlich geförderten Fortbildungsmaßnahmen befinden. Gleiches gilt für Erwerbssuchende, soweit die Bereitstellung des Hortplatzes das letzte Vermittlungshemmnis in Arbeit beseitigt oder soweit die Betreuung des Kindes im Hort für die Entwicklung des Kindes zwingend notwendig ist. Im Rahmen vorhandener Kapazitäten soll darüber hinaus sozial benachteiligten Personensorgeberechtigten ein Hortplatz ermöglicht werden.

(2) Ein Ganztagsplatz ist den Personensorgeberechtigten vorbehalten, die einschließlich der Fahrzeiten von und zum Arbeitsplatz bzw. Ausbildungsort außerhalb der üblichen Schulzeit mehr als drei Stunden an der Betreuung ihres Kindes / ihrer Kinder gehindert sind.

(3) Die Hinderungsgründe zur Betreuung im Sinne der vorstehenden Absätze (1) und (2) beziehen sich auf beide Personensorgeberechtigte, sofern es sich nicht um Alleinerziehende handelt. Sie sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Das gilt auch für den Nachweis der Notwendigkeit der Betreuung i.S.d. des § 4 Abs. 1 Satz 2 dieser Satzung.

(4) Soweit wegen des festgelegten Beginns des Schuljahres der Übergang von einem Kindergarten- auf einen Hortplatz im laufenden Monat erfolgen müsste, erfolgt der Übergang in den Hortplatz schon zu Beginn des Monats.

Änderungsvorschlag

Tagespflegepersonen mit entsprechender Qualifizierung können Hortkinder betreuen.
(Zumindest besser als in Container.

<http://www.svz.de/lokales/zeitung-fuer-die-landeshauptstadt/container-hort-fuer-lindgrenchule-id13172901.html>)

§ 22 SGB VIII Grundsätze der Förderung

(2) Tageseinrichtungen für Kinder **und Kindertagespflege** sollen

1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,
2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,
3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.

(3) Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.

Auszug aus: Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2014 – Seite 80

Für schulpflichtige Kinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen vorzuhalten. Bedarfsabhängig und ergänzend können die Plätze **auch in der Kindertagespflege** zur Verfügung gestellt werden (Lakies 2013, S. 315ff.).

§ 5 Einsatz pädagogischer Fachkräfte und von Assistenzkräften

- (1) Eine pädagogische Fachkraft betreut durchschnittlich
- sechs Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr (Krippe)
 - fünfzehn Kinder ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt (Kindergarten)
 - zweiundzwanzig Kinder im Grundschulalter (Hort)

Die Fachkraft-Kind-Relation kann in sozialräumlich auffallenden Stadtteilen bzw. entsprechend der sozialen Gruppenstruktur angemessen verändert werden, insbesondere bei einer inklusiven Betreuung im Hort.

(2) Der Einsatz von Assistenzkräften zur Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte ist im Einzelfall im Rahmen der Vereinbarungen über Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklung gemäß § 16 KiföG M-V verhandelbar.

(3) Für die Betreuung wird auf Basis einer zehnstündigen Betreuung von folgendem, auf Vollzeitäquivalenz (VZÄ) umgerechneten Personalbedarf, ausgegangen

- 1,1 VZÄ für sechs Kinder in der Kinderkrippe
- 1,5 VZÄ für 18 Kinder im Kindergarten
- 0,8 VZÄ für 22 Kinder im Hort

Für zeitreduzierte Betreuungen sind die Personalanteile mit den Faktoren 0,8 (erweiterter Teilzeitplatz), 0,6 (Teilzeitplatz) oder 0,4 (Halbtagsplatz) umzurechnen.

Die Veränderung der Fachkraft-Kind-Relation im Kindergarten von 18 auf 15 Kinder sowie die zusätzliche mittelbare Arbeit im Kindergarten von 2,5 Stunden wöchentlich werden durch die zu diesem Zweck gewährten zusätzlichen Landesmittel ausgeglichen.

Änderungsvorschlag

- Es gibt keine Regelung für Kindertagespflege, was hier oder in einem extra Paragraphen festgeschrieben werden sollte. In dem Satzungsentwurf § 5 steht nur Kita, obwohl es Landesmittel für Kindertagespflege gibt.
- § ... Landesmittel für mittelbare Arbeit in der Kindertagespflege

KiföG MV, § 10, Abs. 5 – Anforderungen an das Leistungsangebot der Kindertageseinrichtungen

(5) Die Träger der Kindertageseinrichtungen haben den Fachkräften einen angemessenen Teil der Arbeitszeit für die mittelbare pädagogische Arbeit einzuräumen. Dazu gehören insbesondere Zeiten für die

- Beobachtung und Dokumentation der Entwicklungsverläufe von Kindern,
- Qualitätsentwicklung und –sicherung,
- Planung der individuellen Förderung,
- Zusammenarbeit mit Personensorgeberechtigten, Schulen und Einrichtungen der Familienbildung,
- Vor- und Nachbereitung sowie
- Dienstberatungen.

Als angemessen gelten in der Regel zweieinhalb Stunden wöchentlich. Der Zeitumfang für die mittelbare pädagogische Arbeit in der Altersgruppe ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule beträgt in der Regel fünf Stunden pro Vollzeitstelle wöchentlich. Die Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit sind in den Vereinbarungen nach § 16 zu berücksichtigen.

KiföG MV, § 18, Abs. 3 – Finanzielle Beteiligung des Landes

(3) Das Land stellt für die Finanzierung der durch die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses nach § 10 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 und der durch die Erhöhung des Zeitumfangs für die mittelbare pädagogische Arbeit nach § 10 Absatz 5 Satz 4 entstehenden Mehrkosten

- im Jahr 2013	16 455 323 Euro
- im Jahr 2014	22 034 775 Euro
- im Jahr 2015	26 551 474 Euro
- ab 2016 jährlich zur Verfügung.	32 874 853 Euro

KiföG MV, § 19 Finanzielle Beteiligung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe

(3) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe darf die ihm nach § 18 Absatz 2 bis 7 und 9 gewährten Landesmittel nur an Träger von Kindertageseinrichtungen **und an Tagespflegepersonen weiterleiten**, die die Standards dieses Gesetzes einhalten und diese Landesmittel ausschließlich zur Finanzierung der Kindertagesförderung einsetzen. Die Landesmittel werden nur an solche Träger von Einrichtungen weitergeleitet, die sich an den jeweiligen tariflichen Bedingungen orientieren und sich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Stundenentgelt von 8,50 Euro (brutto) zu zahlen. Satz 2 gilt nicht für Auszubildende und den in § 11 Absatz 4 genannten Personenkreis. Für die Festlegung der Höhe der laufenden Geldleistung für die Förderung in Kindertagespflege nach § 23 Absatz 2a des Achten Buches Sozialgesetzbuch gilt Satz 2 entsprechend.

§ 6

Bereitstellung von Plätzen in der Kindertagespflege

(1) Ein Platz in der Tagespflege kann von Personensorgeberechtigten in Anspruch genommen werden, wenn der Bedarf aus sozialen oder familiären Gründen nachgewiesen wird. Dies gilt insbesondere, wenn es zur Förderung der Entwicklung des Kindes erforderlich ist oder die Förderung in einer Tageseinrichtung den Kindern oder deren Personensorgeberechtigten wegen der Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung oder der Entfernung der Einrichtung nicht zuzumuten ist.

(2) Im Übrigen gelten die Grundsätze für die Bereitstellung von Plätzen für Krippen- und Kindergartenkinder gemäß §§ 2 und 3 dieser Satzung sinngemäß.

(3) Die Betreuung in der Tagespflege erfolgt insbesondere für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr.

Änderungsvorschlag

Siehe Änderungsvorschlag Seite 3

§ 7

Integration in Kindertageseinrichtungen

(1) In integrativen Kindertageseinrichtungen werden Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert.

(2) Für die Gruppenstärke von Integrationsgruppen gilt der Landesrahmenvertrag für Mecklenburg-Vorpommern nach § 79 Abs. 1 SGB XII für stationäre und teilstationäre Einrichtungen in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Der Träger einer integrativen Kindertageseinrichtung hat die notwendigen Rahmenbedingungen wie Gruppenstruktur, qualifizierte pädagogische Betreuung und die Sachausstattung zu sichern.

§ 24 SGB VIII, Abs. 3 Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

(3) Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. **Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden.**

§ 5 SGB VIII Wunsch- und Wahlrecht

Expertise: „LEISTUNGSORIENTIERTE VERGÜTUNG IN DER KINDERTAGESPFLEGE“ Seite 28 (gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Vorgeschlagen wird hier, angelehnt an das Berliner Modell, die Erhöhung der Förderleistung um bis zu 50% je nach Grad und Umfang des erhöhten Förderbedarfes und Pflegeaufwandes.

Änderungsvorschlag

- § 7 Integration in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
- Die Kindertagespflege betreut integrative Kinder, damit dem SGB VIII, § 5 entsprochen werden kann.. Dafür sollen sie eine qualifizierte Zusatzausbildung vorweisen und die Vergütung wird dementsprechend angepasst.

§ 8

Einzelfallentscheidung

Für alle Betreuungsbereiche gilt, dass im Einzelfall durch den zuständigen Fachdienst Kindertagesbetreuung ganz oder teilweise zur Verfügung gestellt werden kann, wenn eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung und Bildung nicht gewährleistet ist.

§ 8 a Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung bzw. in Kindertagespflege

(1) Die Aufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflege kann nur erfolgen, wenn zuvor in einem Verwaltungsverfahren das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen durch den zuständigen Fachdienst geprüft und positiv beschieden wurden.

(2) Um im Falle eines Ersteintritts des Kindes in einer Kindertagesstätte oder bei einer Kindertagespflegeperson eine Eingewöhnung zu gewährleisten, kann die Betreuung eines

Kindes im Rahmen eines Halbtagsplatzes auf Wunsch der Personensorgeberechtigten bereits zwei Wochen vor Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen beginnen.

§ 9

Öffnungszeiten sowie Umfang der Kindertagesförderung

(1) Die Förderung der Kinder erfolgt in der Regel von Montag bis Freitag. Die tägliche Verweildauer eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege soll zehn Stunden nicht überschreiten.

Ein Ganztagsplatz umfasst in der Krippe und im Kindergarten eine regelmäßige Betreuungszeit von bis zu 50 Stunden, ein erweiterter Teilzeitplatz von bis zu 40 Stunden, ein Teilzeitplatz von bis zu 30 Stunden und ein Halbtagsplatz von bis zu 20 Stunden in der Woche.

In der Kindertagespflege gilt der Umfang der Betreuung grundsätzlich entsprechend.

Im Hort erfolgt die Förderung in der Regel bis zu 30 Stunden als Ganztagsförderung oder bis zu 15 Stunden als Teilzeitförderung in der Woche täglich von montags bis freitags außerhalb der Unterrichtszeiten und in den Ferienzeiten.

(2) Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen werden entsprechend des nachgewiesenen Bedarfs in der jeweiligen Einrichtung in Abstimmung mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt. Sie soll zehn Stunden nicht unterschreiten. Die Zeiten der Förderung in der Kindertagespflege werden den Bedürfnissen der Personensorgeberechtigten entsprechend angepasst.

(3) Die Personensorgeberechtigten können gemäß § 3 Abs.5 KiföG M-V zwischen den vorhandenen Angeboten, für die die Zugangsvoraussetzungen erfüllt werden, wählen. Ein Anspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Kindertageseinrichtung oder bei einer bestimmten Tagespflegeperson besteht nicht. Die Aufnahme kann nur im Rahmen der Kapazität nach der Betriebs- bzw. Pflegeerlaubnis erfolgen.

(4) Die Träger der Kindertageseinrichtungen bzw. die Tagespflegepersonen können die Einrichtungen für Betriebsferien in den Sommerferien für maximal 3 Wochen und zum Jahreswechsel für maximal eine Woche schließen. Sie organisieren dann eigenständig die Sicherstellung eines notwendigen Betreuungsbedarfes während dieser Schließzeiten.

Änderungsvorschlag

- § 9, Abs. 4, Satz 2 sollte gelöscht werden. Stattdessen:

- Werden Einrichtungen und Tagespflegestellen in den Ferienzeiten geschlossen, so hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Kinder, die nicht von den Erziehungsberechtigten betreut werden können, eine anderweitige Betreuungsmöglichkeit sicherzustellen und zu finanzieren.

SGB VIII, § 22a, Abs. 3 – Förderung in Tageseinrichtungen

(3) Das Angebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Werden Einrichtungen in den Ferienzeiten geschlossen, so hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Kinder, die nicht von den Erziehungsberechtigten betreut werden können, eine anderweitige Betreuungsmöglichkeit sicherzustellen.

SGB VIII, § 23, Abs.4 – Förderung in Kindertagespflege

(4) Erziehungsberechtigte und Tagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege. Für Ausfallzeiten einer Tagespflegeperson ist rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglichkeit für das Kind sicherzustellen. Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.

„Vertretungsmodelle in der Kindertagespflege“ vom bmfsfj, Frühe Chancen und DJI, Seite 15
http://www.landesverband-kindertagespflege-nrw.de/files/handreichung_vertretungsmodelle_in_der_kindertagespflege.pdf

Darüber hinaus sollte gelten: „Wenn die Gleichrangigkeit der Betreuungsformen in der Praxis umgesetzt werden soll, dann dürfen Eltern nicht durch zusätzliche Kosten und/oder Organisationsaufwand im Vertretungsfall belastet werden. Eine Doppelbezahlung bei Krankheit – für die Tagesmutter und deren Vertretungsperson – ist nicht zumutbar. [...] Gleichzeitig sollten Tagesmütter, die als Selbstständige ohnehin mit finanziellen Risiken belastet sind, gegen kurzfristige Verdienstaufschläge abgesichert werden.“

§ 10 Höhe des Elternbeitrages

(1) Der Elternbeitrag für die Kindertagesbetreuung gemäß § 1 dieser Satzung wird entsprechend der zwischen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Träger der Kindertageseinrichtung vereinbarten Leistungsentgelt durch den Träger der Einrichtung erhoben. Die Leistungserbringer schließen mit den Personensorgeberechtigten auf der Grundlage der Bestätigung der Landeshauptstadt Schwerin einen privatrechtlichen Betreuungsvertrag in Schriftform ab.

Änderungsvorschlag

- Trotz privatrechtlichen Vertrag zieht das Jugendamt den Elternbeitrag ein und zahlt die laufende Geldleistung an die Kindertagespflege. Der Elternbeitrag muss durch die Sorgeberechtigten an das Jugendamt gezahlt werden.
- (Momentan müssen die Tagespflegepersonen die fehlenden Elternbeiträge aus eigener Tasche an das Jugendamt zahlen, wenn die Eltern für die Berechnung falsche Angaben tätigten. Anschließend müssen die Tagespflegepersonen alles per Mahnung oder Gericht bei den Eltern zurück fordern.)

SGB VIII, § 23, Abs.1 – Förderung in Kindertagespflege

(1) Die Förderung in Kindertagespflege nach Maßgabe von § 24 umfasst die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson.

§ 90 SGB VIII Pauschalierte Kostenbeteiligung

KiföG MV, § 17, Abs. 3 – Grundsätze der Finanzierung

(3) Soweit Kinder in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, erfolgt die Finanzierung dieser Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. Bei Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung erfolgt die Finanzierung dieser Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch.

„Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege“

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/fakten-kindertagespflege-01-2015,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

vom „Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ Januar 2015, Seite 6

- Die Kostenbeteiligung der Eltern richtet sich allein nach § 90 SGB VIII und muss den Grundsätzen von Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung genügen. Erst hier kann die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern Berücksichtigung finden. Die Tagespflegeperson hat in jedem Fall gegenüber dem Jugendamt einen Anspruch auf die ungekürzte „laufende Geldleistung“ nach § 23 SGB VIII. Die Zahlungswege Jugendamt – Tagespflegeperson und Eltern – Jugendamt sind strikt zu trennen. Eine Verrechnung der Elternbeiträge mit der „laufenden Geldleistung“ dergestalt, dass

das Jugendamt an die Tagespflegeperson nur die Differenz auszahlt und der Restbetrag durch die von Eltern an Tagespflegepersonen zu zahlenden Elternbeiträge abgedeckt wird, ist unzulässig. Auch die gelegentlich als „wirtschaftliche Jugendhilfe“ (das SGB VIII kennt keine solche Begrifflichkeit) bezeichnete Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern bereits innerhalb der Prüfung des Betreuungsbedarfs im Sinne von § 24 SGB VIII **ist unzulässig.**

(2) Die Verpflegung ist nicht Bestandteil des Entgeltes, aber in der Vereinbarung nach § 16 KiföG M-V gesondert auszuweisen.

(3) Im Sinne einer sozialverträglichen Gestaltung der Elternbeteiligung wird gemäß § 21 Abs. 2 KiföG M-V eine einkommensabhängige Geschwisterermäßigung gewährt. Berücksichtigt werden Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr in der Familie, für die Kindergeld bezogen wird.

Für die in einer Kindereinrichtung bzw. in Tagespflege betreuten Kinder wird folgende Staffelung des jeweiligen Entgelt-/Beitragssatzes gewährt:

Alleinerziehende

Nettoeinkommen von 1.100,00 – 1.299,99 €

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 85 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 80 %

Alleinerziehende

Nettoeinkommen von 1.300,00 – 1.499,99 €

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 90 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 85 %

Alleinerziehende

Nettoeinkommen von 1.500,00 – 1.999,99 €

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 95 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 90 %

Familie

Nettoeinkommen von 1.400,00 – 1.699,99 €

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 85 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 80 %

Familie

Nettoeinkommen von 1.700,00 – 1.999,99 €

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 90 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 85 %

Familie

Nettoeinkommen von 2.000,00 – 2.499,99

- mit einem Kind 100 %
- mit zwei Kindern je betreutem Kind 95 %
- ab drei Kinder je betreutem Kind 90 %

Die Gewährung erfolgt auf Nachweis des monatlichen Nettoeinkommens (Lohn/Gehaltsbescheinigung).

(4) Das Jugendamt ist darüber hinaus zur Übernahme des Elternbeitrages und der Verpflegungskosten gemäß § 21 Abs. 6 KiföG M-V verpflichtet, soweit die Belastung den Eltern unter Berücksichtigung ihres Einkommens nicht oder nur anteilig zumutbar ist. Leistungen für Bildung und Teilhabe gemäß §§ 28 SGB II, 34 SGB XII und 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. Bei Nichtinanspruchnahme werden die Verpflegungskosten nur in der Höhe übernommen, die nicht durch die vorgenannten Leistungen umfasst sind.

(5) Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 90 Abs. 4 SGB VIII und 20 SGB XII entsprechend.

Personen, die in eheähnlicher oder lebenspartnerschaftlicher Gemeinschaft leben, sind gemäß § 20 SGB XII in Verbindung mit § 39 SGB XII Personensorgeberechtigten gleichgestellt.

(6) Für die Bewilligung einer einkommensabhängigen Ermäßigung oder Befreiung entsprechend des Absatzes 2 ist ein Antrag beim Jugendamt zu stellen (diese Formulare liegen im Bürgerbüro der Landshauptstadt bereit bzw. sind über die Homepage der Landeshauptstadt Schwerin unter www.Schwerin.de abrufbar). Die Personensorgeberechtigten werden in geeigneter Form auf die Regelungen zur Ermäßigung und zum Erlass des Beitrages hingewiesen. Eine mögliche Bewilligung erfolgt frühestens ab dem Zeitpunkt der Antragstellung. Die Auszahlung der übernommenen Kosten erfolgt direkt an den Träger der Kindertageseinrichtung oder an die Kindertagespflegeperson.

(7) Die Personensorgeberechtigten haben die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, die für die Gewährung der möglichen Ermäßigung oder Befreiung notwendig sind. Sie sind verpflichtet, Änderungen unverzüglich anzuzeigen und jeweils aktuelle Unterlagen für die Bearbeitung ihres Antrages vorzulegen. Kommen die Personensorgeberechtigten ihrer Mitwirkungspflicht gemäß § 66 SGB I nicht nach, kann keine Ermäßigung bzw. Befreiung gewährt werden.

(8) Im Falle vorsätzlich falscher Angaben hat das Jugendamt das Recht, zu Unrecht erlangte Leistungen zurückzufordern.

Änderungsvorschlag

-in § 10, Abs: 8 muss stehen: „...“, zu Unrecht erlangte Leistungen bei den Sorgeberechtigten zurückzufordern.“ siehe Änderungsvorschlag Seite 9

§ 11

Grundsätze der Finanzierung

(1) Eine Finanzierung nach dieser Satzung erhalten nur Träger im Sinne des § 13 KiföG M-V, die die in der Jugendhilfeplanung vorgegebene Platzkapazität ständig bereithalten bzw. Tagespflegepersonen nach § 23 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII sind und über eine entsprechende Betriebserlaubnis verfügen.

(2) Die Finanzierungsleistungen werden differenziert nach Betreuungsformen (Krippe, Kindergarten, Hort), Platzart (Ganztags-, erweiterter Teilzeit-, Teilzeit- und Halbtagsplatz) und Tagespflege.

Änderungsvorschlag

- „Die Finanzierungsleistungen in der Tagespflege werden differenziert nach Arbeitsstunden und Betreuungstagen, um dem § 23 SGB VIII zu entsprechen.“

- Für die Tagespflege richtet sich die Finanzierungsleistung nach TVöD, SuE, Stufe 4 incl. Anpassung an Tarifsteigerungen.

- (Momentan ist die Vergütung nicht leistungsgerecht, da beispielsweise eine Tagespflegeperson, welche 8 Stunden arbeitet, die gleiche Vergütung wie bei 10 Stunden täglicher Arbeit erhält.

Es muss auch eine Zahlung erfolgen, wenn das Kind nach dem 15-ten des Monats erstmalig kommt. In Schwerin wird nach dem 15-ten des Monats (Vertragsabschluss) keine Vergütung gezahlt, trotz Platzbestätigung vom Jugendamt.)

- TVöD SuE (Momentan sind wir in S3 eingestuft, wo man keine Gruppe alleine betreuen darf. Weiterhin erhielten die Tagespflegepersonen zwischen 2007 – 2015 überhaupt keine Erhöhung der Vergütung.)

S3 = Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung

Wikipedia: "Kinderpfleger gelten als *pädagogische Ergänzungskräfte*, während Erzieher als *pädagogische Fachkräfte* eingestuft sind. Kinderpfleger arbeiten mit Erziehern im Team, unterstützen deren Arbeit, tragen aber in der Regel keine Gesamtverantwortung für eine Gruppe."

S4 = Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger mit staatlicher Anerkennung oder mit staatlicher Prüfung, mit schwierigen fachlichen Tätigkeiten.

S6 = Erzieherinnen

§ 23 SGB VIII Förderung in Kindertagespflege

(2a) Die Höhe der laufenden Geldleistung wird von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt, soweit Landesrecht nicht etwas anderes bestimmt. Der Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung der Tagespflegeperson ist leistungsgerecht auszugestalten. Dabei sind der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl sowie der Förderbedarf der betreuten Kinder zu berücksichtigen.

Auszug aus: „Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege“ vom „Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ Januar 2015, Seite 5

Die in § 23 Abs. 2a SGB VIII vorgesehene leistungsgerechte Ausgestaltung der Vergütung in der öffentlichen Kindertagespflege ist der Schlüssel zum Ausbau der Kindertagespflege. Nur durch eine leistungsgerechte Vergütung werden hinreichende Anreize für eine qualifizierte Tätigkeit in der Kindertagespflege geschaffen. Gleichzeitig sorgt eine einheitliche, leistungsgerechte Ausgestaltung der Vergütungsstruktur dafür, dass sich die Kindertagespflege zu einem anerkannten Berufsbild entwickeln kann. Hier sind nun Länder und Kommunen in der Verantwortung, diese gesetzlichen Vorgaben adäquat umzusetzen.

(3) Nach dieser Satzung wird eine Finanzierung nur für die Plätze gewährt, die mit Kindern belegt sind, für die eine Bedarfsfeststellung durch den zuständigen Fachdienst erfolgt ist.

(4) Die auf das Gebiet der Landeshauptstadt Schwerin entfallenden Landesmittel nach § 18 Abs. 2 KiföG M-V sowie die Leistungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 19 KiföG M-V und die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Schwerin als Gemeinde des gewöhnlichen Aufenthalts nach § 20 KiföG M-V in Höhe von 50 von Hundert werden an die Träger weitergeleitet, mit denen eine Leistungsvereinbarung nach § 16 KiföG M-V abgeschlossen wurde.

Änderungsvorschlag

Gleiches gilt für die Tagespflege, obwohl es keine Leistungsvereinbarung nach § 16, KiföG MV gibt.

KiföG MV, § 19 Finanzielle Beteiligung der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe

(1) Die Landkreise leiten als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die ihnen nach § 18 Abs. 2 gewährten Landesanteile an die Träger von Kindertageseinrichtungen **und Tagespflegepersonen** weiter. Darüber hinaus gewähren sie aus eigenen Mitteln einen Betrag in Höhe von 28,8 vom Hundert des auf sie jeweils entfallenden Landesanteils an die Träger von Kindertageseinrichtungen **und Tagespflegepersonen**.

(2) Für die kreisfreien Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe gilt Absatz 1 entsprechend. § 20 bleibt unberührt.

(3) Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe darf die ihm nach § 18 Absatz 2 bis 7 und 9 gewährten Landesmittel nur an Träger von Kindertageseinrichtungen **und an Tagespflegepersonen weiterleiten**, die die Standards dieses Gesetzes einhalten und diese Landesmittel ausschließlich zur Finanzierung der Kindertagesförderung einsetzen. Die Landesmittel werden nur an solche Träger von Einrichtungen weitergeleitet, die sich an den jeweiligen tariflichen Bedingungen orientieren und sich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Stundenentgelt von 8,50 Euro (brutto) zu zahlen. Satz 2 gilt nicht für Auszubildende und den in § 11 Absatz 4 genannten Personenkreis. Für die Festlegung der Höhe der laufenden Geldleistung für die Förderung in Kindertagespflege nach § 23 Absatz 2a des Achten Buches Sozialgesetzbuch gilt Satz 2 entsprechend.

(5) Für die entstehenden Kosten zur Abdeckung von Mehrbedarfen, wie zum Beispiel einer Förderung während der Ferienzeiten bzw. über die reguläre Betreuungszeit hinaus, übernimmt die Landeshauptstadt Schwerin keine Kostenanteile.

Änderungsvorschlag

- § 11, Abs. 5 muss rein: „ ... übernimmt die Landeshauptstadt Schwerin gesonderte Kostenanteile.“

- Momentan: Folgendes und andere Förderprogramme wurden von der Stadt Schwerin nicht an Tagespflegepersonen weiter geleitet – und wenn, wird alles abgelehnt. Selbst das Bundesministerium fördert flexible Öffnungszeiten. Vertretungsmodelle müssen vom Jugendamt finanziert werden, nicht von den Eltern und Tagespflegepersonen.

Neues Bundesprogramm "KitaPlus" fördert passgenaue Betreuungsangebote ab Januar 2016 vom BMFSFJ

Quelle: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=219104.html>

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Interessenbekundungsverfahren zum neuen Bundesprogramm "KitaPlus" gestartet. Teilnehmende Kitas **und Kindertagespflegestellen** sollen darüber ihre Öffnungszeiten flexibler gestalten und damit Familien in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine gute Betreuung für ihre Kinder unterstützen. Zielgruppe des Modellprogramms sind unter anderem Alleinerziehende und Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter, Berufsrückkehrerinnen, Selbstständige sowie Berufsgruppen, deren Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten liegen. Das Bundesfamilienministerium stellt hierfür insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung.

SGB VIII, § 22a, Abs. 3 – Förderung in Tageseinrichtungen

(3) Das Angebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Werden Einrichtungen in den Ferienzeiten geschlossen, so hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Kinder, die nicht von den Erziehungsberechtigten betreut werden können, eine anderweitige Betreuungsmöglichkeit sicherzustellen.

SGB VIII, § 23, Abs.4 – Förderung in Kindertagespflege

(4) Erziehungsberechtigte und Tagespflegepersonen haben Anspruch auf Beratung in allen Fragen der Kindertagespflege. Für Ausfallzeiten einer Tagespflegeperson ist rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglichkeit für das Kind sicherzustellen. Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.

„Fakten und Empfehlungen zu den Neuregelungen in der Kindertagespflege“

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/fakten-kindertagespflege-01-2015,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

vom „Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ Januar 2015, Seite 5

Weitere sachgerechte Aspekte für die Abstufung sind beispielsweise besondere Betreuungszeiten und die wegen der formalen Selbständigkeit von Tagespflegepersonen notwendige Rücklagenbildung für Krankheits- und Urlaubszeiten sowie Betreuungsausfälle.

„Vertretungsmodelle in der Kindertagespflege“ vom bmfsfj, Frühe Chancen und DJI, Seite 15

http://www.landesverband-kindertagespflege-nrw.de/files/handreichung_vertretungsmodelle_in_der_kindertagespflege.pdf

Darüber hinaus sollte gelten: „Wenn die Gleichrangigkeit der Betreuungsformen in der Praxis umgesetzt werden soll, dann dürfen Eltern nicht durch zusätzliche Kosten und/oder Organisationsaufwand im Vertretungsfall belastet werden. Eine Doppelbezahlung bei Krankheit – für die Tagesmutter und deren Vertretungsperson – ist nicht zumutbar. [...] Gleichzeitig sollten Tagesmütter, die als Selbstständige ohnehin mit finanziellen Risiken belastet sind, gegen kurzfristige Verdienstaufschläge abgesichert werden.“

§ 12 Verfahren

(1) Die Ermittlung der nach dieser Satzung zu finanzierenden Plätze erfolgt monatlich auf der Grundlage der am 01. eines jeden Monats bestehenden Betreuungsverträge. Der Träger meldet bis zum 05. eines jeden Monats die Belegung an das zuständige Fachamt. Die Zahlung der monatlich auf Basis der ermittelten Platzzahl zustehenden Finanzierungsanteile erfolgt bis zum 15. des Monats. Soweit Betreuungsverträge innerhalb des laufenden Monats abgeschlossen oder beendet werden, sind diese zum folgenden Termin nachzumelden.

Änderungsvorschlag

- Siehe Änderungsvorschlag zu § 11
- ..., sind diese zum folgenden Termin für die rückwirkende Finanzierung nachzumelden.
- § 12, Abs. 2 + 3 sollte ganz raus.
- (§ 12, Abs. 3 Es gibt keine Vereinbarung mit den Tagespflegepersonen.)

§ 23 SGB VIII Förderung in Kindertagespflege

(2a) Die Höhe der laufenden Geldleistung wird von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe festgelegt, soweit Landesrecht nicht etwas anderes bestimmt. Der **Betrag zur Anerkennung der Förderungsleistung der Tagespflegeperson ist leistungsgerecht auszugestalten**. Dabei sind der zeitliche Umfang der Leistung und die Anzahl sowie der Förderbedarf der betreuten Kinder zu berücksichtigen.

(2) Eine Überschreitung der kalkulierten Einnahmen der Träger führt zu keiner Rückforderung, eine Unterschreitung der kalkulierten Einnahmen führt zu keiner Nachzahlung.

(3) Das Verfahren und die Höhe des Aufwendersatzes für die Kindertagespflege werden in den Vereinbarungen mit den Tagespflegepersonen festgelegt.

**§ 13
Ordnungswidrigkeit**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Personensorgeberechtigter oder mit der Wahrnehmung der Vertretung eines Personensorgeberechtigten beauftragten gegenüber

a) der zuständigen Behörde über anspruchrechtliche Tatsachen unrichtig oder unvollständig Angaben macht oder

b) die zuständige Behörde pflichtwidrig über anspruchrechtliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in diesen Fällen mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

(3) Für das Bußgeldverfahren gelten die allgemeinen Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin.

**§ 14
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schwerin, den --.--2016

Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin (DS)

Da es für die Kindertagespflege gesetzliche Regelungen gibt, die über eine Satzung stehen, sollte sich eine Satzung an das SGB VIII, KiföG MV, Richtlinien des BMFSFJ und die Bildungskonzeption MV richten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kontakt: Susanne Kuhlmann –
Mitglied der Interessengemeinschaft Kindertagesförderung Schwerin
Wallstr. 39
19053 Schwerin

Mail: info@kiz-mv.de

Internet: www.kiz-mv.de